Nach Redactionsschluß. Im Königl. Hoftheater der Altstadt wurde gestern Abend vor Beginn der Rheingold-Vorstellung ein im Parquet sich befindender Herr, Namens Hammer-Pohl aus Stuttgart, welcher zur Zeit hier in der Marienstraße als Garçon gewohnt hatte, vom Schlage getroffen und war sofort eine Leiche.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Gegründet 1851. Photographie. G. Chr. Hahn, Dresden, Waisenhausstr. 34, und Sebnitz. Mehrfach prämiirt. Momentaufnahmen bei jeder Witterung. Vergrösserungen etc. etc. Civile Preise.

Prof. Dr. G. Jäger's Original-Normal-Leib-Wäsche, sowie sämmtliche Normal-Artikel empfiehlt Jean Schieme Nachf., Neustädter Rathhaus.

Wäsche-Braut-Ausstattungen Adolf Helm Dresden, Webergasse 32.

Billigste Bezugsquelle für Tapisserie-Arbeiten. Hartmann & Saam, Schloss-Strasse 17, gegenüber dem K. Schlosse.

Die Tapisserie-Manufactur C. Hesse, Kgl. Hofl., Dresden, Altmarkt, empfiehlt ihre Neuheiten in Smyrna- und Tunesischer Wolle (Teppiche, Bettvorlagen und Fußkissen) als angenehme und effectvolle Handarbeit.

Nr. 332. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 27. Nov.: Mäßiger Nordwestwind, meist trübe mit Niederschlägen und Neigung zu Thauwetter. | Dresden, 1884. **Donnerstag, 27. Nov.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Unabhängig von Dem, was die Reichsregierung an sozialen Reformgesetzen vorschlägt, haben, wie schon bemerkt, mehrere Parteien im Reichstage ihrerseits einzelne Theile der Sozialgesetzgebung in Angriff genommen. Die Konservativen, besonders der Stöcker'schen Richtung, werden ihren Antrag auf strengere Sonntagsruhe erneuern. Mag ihnen auch in erster Linie die Erreichung eines besseren Kirchenbesuches vorschweben, sie verschließen sich dabei keineswegs gegen die heilsamen sozialen Folgen, die sich nothwendig aus einer systematisch durchgeführten Sonntagsruhe ergeben. Selbstverständlich kann in Deutschland Niemand an einen aschgrauen, englischen Sonntag denken. Alle Unternehmungen und Gewerbe, welche den Menschen eine wirkliche Erholung von der Arbeit, geistige und sittliche Erbauung, wie angemessene Zerstreuung schaffen und erleichtern, welche überhaupt erst einen wahren Sonn- und Feiertagsgenuß ermöglichen, werden an diesen Tagen erst recht in Thätigkeit bleiben. Also Kirchen und Bildungsstätten, Museen und Sammlungen, Schaustellungen, Verkehrsanstalten, Lebensmittelverkäufe und Wirthshäuser. Die in diesen öffentlichen und privaten Veranstaltungen Beschäftigten werden die ihnen auch unentbehrliche Erholung in den Werkeltagen finden. Wohl aber steht es fest, daß in Deutschland an den Sonntagen eine Unmasse von Arbeiten verrichtet wird, die einzig auf die Werkeltage gehören. Damit verringert man den Ertrag des Arbeitslohnes. Eine Beschränkung der Sonntagsarbeit auf das zur Sonntagsfeier, „Ruhe und Erholung unentbehrliche Quantum würde gar bald die Nachfrage nach Arbeitskräften steigern und eine günstige Rückwirkung auf den Arbeitslohn herbeiführen. Außer der Sonntagsruhe hat sich Hofprediger Dr. Stöcker wiederholt für die Einführung eines Normal-, richtiger Maximal-Arbeitstages erklärt; er begegnet sich hierbei mit dem Centrum und den Sozialdemokraten, die sich in eigenen Anträgen mit dieser und anderen sozialen Fragen beschäftigen. Darunter steht selbstverständlich die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in erster Reihe. Eine fortschreitende Ausnutzung der Arbeitskraft von Frauen und Kindern führt unvermeidlich zur Schmälerung des Ertrages der männlichen Arbeitskraft, zur Ueberproduktion, zu gewerblichen Krisen. Eine Verminderung der Produktionskosten ist das begreifliche Ziel aller Industriellen, aber man sollte das Mittel dazu nicht in der Herabsetzung der Arbeitslöhne suchen. Dadurch schädigt man nur die Konsumtionsfähigkeit der Arbeiter, sondern die Kaufkraft des Publikums überhaupt und nicht am wenigsten die Industrie selbst. Wenn die Industrie noch so sehr an den Löhnen spart, was hat sie schließlich davon, wenn es dem konsumirenden Publikum an dem bekannten Besten fehlt, um ihr die Massenprodukte auch zu den verbilligsten Preisen abzunehmen? Man spricht soviel von einer Ueberproduktion z. B. in der Zuckersiederei und Bierbrauerei. Du lieber Gott! Wenn die Lohnverhältnisse besser wären, wie rasch würden die unverkäuflichen Berge von Broten Zucker und die nur mit Verlust an die Gastwirthe anzubringenden Hektoliter Bier an den Mann zu bringen sein! Stärkung der Kaufkraft des Einzelnen, das muß das Ziel aller wahren Sozialreformen bilden. Leider macht die Selbstsucht auch Männer kurzsichtig, denen man größeres Verständniß in dem ursächlichen Zusammenhang zutrauen sollte. Da haben die Kattunfabrikanten den Bundesrath bestürmt, er solle ihnen die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter für Baumwolldruckereien auf 11 Stunden verlängern. Die Gewerbeordnung setzt die Arbeitszeit für junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren auf 10 Stunden fest, nur bezüglich der Spinnereien ist eine Ausnahme zugelassen. Die Kattunfabrikanten (Baumwolldrucker) finden nun diese Beschränkung der Jugendlichen sehr hinderlich; der Bundesrath ist aber auf dieses absonderliche Verlangen nicht eingegangen, sondern hat die Herren abschlägig beschieden, mit dem Bemerken, daß die Gewerbeordnung nur für Spinnereien eine 66stündige Arbeitszeit per Woche für Jugendliche gestattet.

Vorderhand scheinen die sozialdemokratischen Abgeordneten grundstürzende Anträge nicht bringen zu wollen. Nur was sie unter den gegenwärtigen Zuständen für „ausführbar" halten, wollen sie vorschlagen. So wird in ihrem offiziellen Organe, dem Züricher „Sozialdemokrat", versichert. Es wird betont, daß die 600,000 Stimmen (in Wirklichkeit sind's nur 550,000), die bei den Wahlen für Sozialdemokraten abgegeben wurden, den Gewählten auch größere Verpflichtungen auferlegten; die Wähler hätten ein Recht, zu verlangen, daß die Abgeordneten die in ihre Hand gelegte Macht auch zweckentsprechend anwendeten. Nun ist es bekannt, daß die weitaus überwiegende Mehrheit auch Derer, die sozialdemokratische Stimmzettel abgaben, durchaus von einem gewaltsamen Umsturz der Dinge Nichts wissen wollen. Dieser Thatsache müssen sich auch die Parteiführer fügen. Wir erleben es daher, daß die Sozialdemokratie jetzt einmal wieder von ihrem Doppelgesichte die revolutionäre Seite verhüllt und der Welt die reformatorische Seite zeigt. In welchem Sinne die Parteileitung die sozialdemokratische Wahlbewegung auffaßt und welche Hoffnungen sie daran knüpft, ergiebt ein Bericht über das „Siegesfest", das die Partei in Zürich gefeiert hat. In Deutschland müssen die Parteihäupter sich Reserve auflegen, in Zürich brauchen sie aus ihrem Herzen keine Mördergrube zu machen. Daher fanden sich dort auf der Bürgliterrasse etwa 500 Sozialdemokraten, meistentheils Deutsche und Schweizer, doch auch von anderen Nationalitäten zusammen, namentlich waren zahlreiche russische Nihilisten erschienen. Das Festlokal war mit einer großen rothen Fahne, Transparenten und Sinnsprüchen geschmückt; das Programm brachte hauptsächlich Gesangs- und Orchestervorträge, wobei die Marseillaise eine große Rolle spielte und die Deklamation revolutionärer Gedichte. Die Festrede hielt ein Herr Bernstein, der Redakteur des „Sozialdemokrat". Er pries darin das deutsche Volk, daß es den Verlockungen des Anarchismus widerstanden und sich auch nicht habe vermuckern (Bernstein ist Jude!) und entnerven lassen durch die Konservativen. Den Schluß bildete ein Drama und ein lebendes Bild. Ersteres stellte eine Episode aus dem letzten Wahlkampf in Berlin vor, wobei ein Polizeispion eine Hauptrolle zu spielen hatte. Den Haupteffekt sollte jedenfalls am Schlusse der Feier das lebende Bild machen: Der Sieg des Proletariats. Auf dem Boden lag ein Fürst, geschmückt mit Krone und Hermelinmantel, auf dessen Nacken ein Proletarier den einen Fuß stemmte, während er in der einen Hand eine rothe Fahne und in der anderen ein Schwert schwang. Den Hintergrund bildeten mit dem Volke fraternisirende Soldaten und Polizisten. Sowohl dieses lebende Bild als die dramatische Darstellung wurde von der Versammlung mit donnerndem Applaus belohnt. Nach solchen Vorkommnissen wird Jedermann wissen, was er von den Friedensbetheuerungen zu halten hat, die jedenfalls demnächst von der Reichstagstribüne erklingen werden. Diese sind ebenso wie die „ausführbaren" Anträge der sozialdemokratischen Abgeordneten ihnen durch die patriotische, besonnene und loyale Denkart und das Verhalten der überwältigenden Mehrheit der deutschen Arbeiter abgenöthigt. Den reichstreuen Parteien liegt daher nachwievor die Pflicht ob, die berechtigten Wünsche der arbeitenden Klassen zu erfüllen und auch die sozialdemokratischen Anträge daraufhin zu prüfen was diesem Zwecke dient. Was daraus hiervon zu verwirklichen ist, ohne die Grundlage der heutigen Gesellschaftsordnung umzustürzen, kann auf freundliche Aufnahme auch außerhalb der sozialdemokratischen Reihen rechnen. Denn die soziale Eintracht ist der oberste Zweck, nicht aber die Schulung der Massen für revolutionäre Ziele.

Hinsichtlich des Fortgangs der Arbeiten für die westafrikanische Konferenz zeigen sich alle Personen, welche dieser Angelegenheit nahe stehen, in hohem Grade befriedigt. Unter den Mitgliedern der Konferenz ist man ungetheilt der Ansicht, daß England, namentlich bei dem Entgegenkommen Deutschlands und der ganzen Gruppe von Staaten, welche dessen Anschauungen theilen, schließlich sich dem allgemeinen Einverständniß über die Kongofrage nicht werde entgegenstellen können. Man hofft, die Konferenzverhandlungen bis etwa gegen Mitte Dezember schließen zu können. Das Ergebniß wird in der Hauptsache in einer Reihe von grundlegenden Festsetzungen bestehen, zu deren Ausführung dann die Errichtung von besonderen technischen Kommissionen erforderlich sein wird. Ueber die Zusammensetzung derselben, ihre Aufgaben und den Ort, wo sie tagen werden, sind alle weiteren Beschlüsse vorbehalten.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 26. Novbr.

Berlin. Reichstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Schreiben des Reichskanzlers zur Verlesung gebracht, in welchem eine Neubildung der Reichstags-Baukommission angeregt wird. Präsident v. Wedell behält sich vor, Weiteres zu veranlassen. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist Antrag der Abgg. Kayser u. Gen., den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß das gegen den Abg. Heine (Soz.) beim Reichsgericht schwebende Strafverfahren wegen Beleidigung des Vorstandes der Arbeiterkolonie in Sonda auf Grund Art. 31 der Reichsverfassung während der Dauer der Session eingestellt werde. Staatssecretär v. Bötticher ersucht den Antragsteller, zur Vereinfachung der Geschäfte seinen Antrag auf ein anderes, gegen Heine anhängiges Verfahren auszudehnen (Heiterkeit). Abg. Kayser entspricht diesem Wunsche, worauf der Antrag an die Geschäftsordnungskommission geht. — Den Antrag der Freisinnigen auf Gewährung von Diäten begründete Abg. Frhr. v. Stauffenberg. Die Diätenlosigkeit sei eine Abweichung vom gemeinen Rechte und stelle eine Einschränkung der Wahlfreiheit dar. Die Furcht vor einem Anwachsen der Sozialdemokratie habe s. Z. dazu geführt, von Gewährung von Diäten abzusehen. Diese Bestimmung habe aber keinen sozialdemokratischen Abgeordneten gehindert, hier seinen Sitz einzunehmen, da die Opferwilligkeit in sozialdemokratischen Kreisen sehr groß sei. Die Diätenlosigkeit führe dazu, daß Viele wegen der damit verbundenen Opfer auf die Wiederannahme eines Mandats verzichteten; dieser Wechsel, dieser Mangel an Stetigkeit sei nicht vortheilhaft für die Arbeiten des Reichstags. Die Diätenlosigkeit verhindere aber auch eine Vertretung der verschiedenen wirthschaftlichen Interessen; nicht weniger als 130 Großgrundbesitzer gehörten dem Reichstage an. Der Kleingrundbesitzer, das Handwerk rc. seien fast gar nicht vertreten. Der Mittelstand könne nicht ein Drittel des Jahres hindurch ohne Entschädigung in Berlin ständig anwesend sein. Die Diäten sollten so bemessen werden, daß sie nicht anlocken, daß sie keine Einnahmequelle bilden, sondern nur eine Entschädigung. Redner kommt sodann auf die Freifahrtskarten-Angelegenheit zu sprechen und findet die vorgenommene Beschränkung im Interesse des Etatsrechts des Reichstages für sehr bedenklich. Es möchten wohl gute Gründe für die Beschränkung sprechen und es sei nicht zweifelhaft, daß, wenn diese Gründe vor Aufstellung des nächsten Etats dem Reichstage mitgetheilt worden wären, sie auch Würdigung gefunden hätten; aber es handelt sich um eine beschlossene Etatsposition, die ohne Weiteres beseitigt worden sei. Diese kleinliche Maßregel sei ein Glied in der Kette der Maßregeln zur Herabsetzung des Ansehens dieses hohen Hauses. Im Interesse des Ansehens des Parlaments empfehle er den Antrag Ausfeld zur Annahme. (Beifall links.) — Während der Rede des Abg. v. Stauffenberg ist der Reichskanzler Fürst Bismarck in den Saal eingetreten. — Abg. Graf zu Stolberg-Wernigerode ist verwundert, daß die Fortschrittspartei heute, nach einer Niederlage, mit diesem Vorstoße kommt, während sie nach ihrem großen Siege von 1881 damit nicht vorgegangen ist. Was die Freifahrtskarten anlange, so werde doch das Ansehen des Reichstags nicht durch freie Eisenbahnfahrt erhöht. Ein Recht auf freie Fahrt hätten die Abgeordneten nicht und der Bundesrath sei vollständig berechtigt, die fragliche Anordnung zu treffen. Der Antrag auf Gewährung von Diäten sei wirklich nicht zeitgemäß; wir befinden uns gegenüber einem Defizit und sollen nun gleich im Anfang der Session mit einem Antrage auf Erhöhung der Ausgaben kommen, und zwar einer Erhöhung, die gar nicht im öffentlichen Interesse liegt. Die Erfahrungen, die mit der Diätenlosigkeit bisher gemacht worden, sprächen dafür; jede Partei habe eine angemessene Vertretung gehabt, auch die sozialdemokratische. Die Fortschrittspartei könne sich am wenigsten beklagen, da sie ausweislich des freisinnigen ABC-Buchs ja einen Diätenfonds besitze. Freilich Herr v. Stauffenberg habe sich früher sehr scharf gegen Parteidiäten ausgesprochen; ob er heute noch seine frühere Auffassung aufrecht erhalte? Seine (die konservative) Partei werde gegen den Antrag stimmen. (Beifall rechts.) Abg. v. Benda: Seine (die nationalliberale) Partei betrachte die Frage als eine offene. Auch diejenigen seiner Freunde, welche für den Antrag stimmen, wollen damit kein Urtheil über die Opportunität abgeben. Die Freifahrtskartenangelegenheit würde bei der Berathung des Etats zu diskutiren sein; wenn man die Gründe kenne, welche die Beschränkung hervorgerufen haben. Abg. Auer verwendet sich für den Antrag. Durch die Diätenlosigkeit schließe man diejenigen Klassen der Bevölkerung aus, denen man jetzt vorgeblich gerade helfen wolle. Die Diätenlosigkeit sei kein Mittel, seine (die sozialdemokratische) Partei von hier abzuhalten. Wenn Diäten gezahlt würden, so würde nicht ein Sozialdemokrat mehr im Reichstage sitzen als jetzt. Wenn man das Wahlrecht beschränken wolle, so möge man das offen thun, nicht von hinten herum. Die Opposition sei gewissen Leuten unangenehm, aber sie habe ihre großen Verdienste in allen deutschen Parlamenten; er erinnere nur an das Unfallversicherungs-Gesetz. Was dem sächsischen Landtags-Abgeordneten recht sei, das sei dem Reichstags-Abgeordneten nicht mehr als billig. Hier sei die Sparsamkeit nicht am Platze. Jedem Arbeiter seinen Lohn. Nicht die Diäten, sondern gerade die Diätenlosigkeit schaffe Berufs-Parlamentarier. Seine Partei werde den eisernen Kanzler einen stählernen Widerstand entgegensetzen. von Bismarck: Der Würde des Reichstages solle nicht nahe getreten werden. Es stehe fest, daß mit den Freifahrtskarten Mißbrauch getrieben worden sei, mancher Abgeordnete sei damit 10,000 Kilometer gefahren. Es erscheine auffällig, daß der Diätenantrag von 21 Berliner Mitgliedern unterschrieben worden sei. Wenn wirklich Diäten eingeführt werden, sei die Bestimmung zu treffen, daß die Berliner Abgeordneten keine erhalten. Den Sozialdemokraten gönne er auch zu zwei Dutzend Sitzen noch ein drittes, aber auch dann würden dieselben schwerlich positive Vorschläge machen, da ihr Interesse erheische, daß die Wähler nicht aufgeklärt werden. Die Mandate solcher Abgeordneten, welche Diäten beziehen, sollten für ungiltig erklärt werden. Man sollte sich doch bedenken, so leicht Verfassungsänderungen vorzunehmen. Die Zusammensetzung des Reichstages zeige, wie wenig die Diätenlosigkeit schade. Schorlemer-Alst erklärt sich im Namen des Centrums für den Antrag, Hänel tritt dem Reichskanzler entgegen. Mit ganz wenig Ausnahmen beständen in allen Wahlkammern Diäten. Diätenlosigkeit widerspreche den sozialen Zuständen des Landes. v. Bismarck: Es handle sich darum, dem berufsmäßigen Parlamentarismus eine Schranke zu bauen, die nicht Volks-, sondern eigenes Interesse vertrete. Wenn Sie sagen, die wachsende Majorität habe diese Forderung gestellt, so erwidere ich, der Bundesrath hat oft einstimmig Beschlüsse gefaßt, die Sie verwarfen. Sie lassen sich von dem Bundesrath nicht imponiren, ich von Ihrer Majorität erst recht nicht, nachdem ich mich von ganz Europa nicht habe imponiren lassen. Die Mehrheit setzt sich zusammen aus 98 Demokraten, etwa 40 fremdländischen Abgeordneten und dem Centrum. Der Bundesrath wird dieser Majorität, welche sich zusammenfindet, um die Herrschaft des Kaisers und Reiches zu untergraben, entgegentreten. Schorlemer-Alst protestirt, daß das Centrum Kaiser und Reich gefährde. Der Reichskanzler habe bei den letzten Wahlen gesäet und Sozialdemokraten geerntet. Langwerth v. Simmern protestirt gegen die Zuzählung der Welfen zu den Ausländern, Rickert gegen die vom Kanzler geübte Kritik an der Volksvertretung. v. Bismarck: Die Behauptung Rickert's, die Freisinnigen strebten nicht nach der Regierungsgewalt, widerspreche dem Programm, welches die Parlamentsherrschaft fordere. Wo wären wir, wenn nicht immer der Majorität gefolgt wäre. Richter: Der Reichskanzler sei wieder da angelangt, wo wir uns 1863 befanden — im Fahrwasser des Absolutismus. Die Sprache des Kanzlers sei eine Beleidigung des deutschen Volkes und widerspreche dem in der Thronrede ausgesprochenen Willen des Kaisers betreffs des Hineintragens von Zwiespalt in das deutsche Volk. Der Antrag wurde mit 188 gegen 90 Stimmen **angenommen**, dagegen stimmten die Konservativen, die Reichspartei und die Mehrheit der Nationalliberalen. Nächste Sitzung morgen: Etat.

Berlin. Der König von Sachsen trifft Freitag hier ein und nimmt im Kgl. Schlosse Wohnung. Derselbe begleitet den Kaiser und den Kronprinzen zu den Hofjagden nach Hubertusstock. Prinz Georg, welcher sonst gleichfalls an den Hofjagden Theil zu nehmen pflegte, ließ sich diesmal entschuldigen. — Die Reichspartei wählte den Herzog von Ratibor, den Grafen Behr und Günther (Sachsen) zum Vorstand. Die Konservativen brachten einen Börsensteuergesetzentwurf ein.

Leipzig. Der Professor der Chemie, Geh. Hofrath Kolbe, ist heute gestorben.

Paris. Einen glänzenden Sieg errang heute Ferry durch eine dreistündige Rede. Am Schlusse erfolgte allgemeiner Beifall. Das Ministerium ist hierdurch befestigt.

Die **Berliner Börse** verlief auf Grund der hohen Londoner Kourse wieder sehr fest. Spekulative Banken setzten zwar schwächer ein, befestigten sich aber dann nicht unerheblich. Deutsche Bahnen im Ganzen ruhig, Mecklenburger steigend. Von österreichischen Bahnen wurden Franzosen bevorzugt und höher. Spekulative Bergwerke still und fest, fremde Renten gut gefragt, fest. Russen bevorzugt. Im Kassaverkehr waren Bahnen ziemlich fest, Banken reger, anziehend, ebenso Industrien, von denen namentlich Brauereien stiegen. Oesterreichische Prioritäten fast geschäftslos.

Frankfurt a. M., 26. November. Credit 240. Staatsbahn 250¼. Lombarden 123½. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 204½. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 79. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Disconto 203¼. Egypter 64½. Gotth.-B. —. Serben —. Matt.

Wien, 26. November. Credit 302,80. Staatsbahn 300,30. Lombarden 143,50. Nordwestb. 176,00. Marknoten 60,20. Ung. Goldr. 300,75. Elbethal —. Besser.

Paris, 26. Novbr. Schluß. Rente 79,00. Anleihe 108,62. Italiener 97,67. Staatsbahn 638,75. Lombarden 338,75. do. Prioritäten —. Egypter 331,00. Oest. Goldrente —. Spanier 59,31. Ottomanen 602,00. Tabak-Actien —. Ruhig.

London, 26. November, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 100 11/16. 1873er Russen 90¾. Italiener 96¼. Lombarden 12¾. Türken 8½. 4% fund. Amerik. 126. 4% Ungar. Goldrente 79. Oesterr. Goldrente 85½. Preußische Consols 102½. Egypter 63¾. Ottomanbank 13 11/16. Suez-Actien 75¼. — Stimmung: Fest. — Wetter: Kalt.

Stettin, 26. November, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen flau, loco 145—155, pr. November-December 155,00, pr. April-Mai 163,00. Roggen matt, loco 132—136, pr. November-December 136,00, pr. April-Mai 139,00. Rüböl unverändert, 100 Kg. pr. Nov-December 51,00, pr. April-Mai 52,50. Spiritus geschäftslos. loco 41,40, pr. Nov. 41,30, pr. Nov.-December 41,30. April-Mai 44,10. Petroleum loco 8,60.

Breslau, 26. November, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proc. pr. November 40,50, pr. November-December 40,70, pr. April-Mai 43,10. Weizen pr. November 155,00. Roggen pr. November 134,00, pr. November-December 132,50, pr. April-Mai 138,00. Rüböl pr. November 50,00, pr. Nov.-Dec. 50,00, April-Mai 53,00. Stimmung: Fest. — Wetter: Schneefall.

London, 26. November. Weizen ruhig, stetig, angekommener australischer Weizen 34½. Käufer. Mehl träge. Hafer ¼ Sh. theurer. Mais fest, knapp. Gerste ruhig. — Wetter: Frost.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** wird sich, einer Einladung des Kaisers Wilhelm folgend, morgen nach Berlin begeben, um an den großen kaiserlichen Jagden zu Hubertusstock Theil zu nehmen. Die Rückkehr nach Strehlen wird nächsten Sonntag gegen Abend erfolgen.

— Se. Maj. **König Albert** gedenkt regelmäßig auf Schloß **Sibyllenort** im Sommer einige Wochen mit der Königin **Carola** zu residiren und im Winter mehrere größere Jagden abzuhalten.

SLUB Wir führen Wissen.